

Die militärischen Bedingungen.

Wien, am 24. Juli.

Unter den harten Bedingungen, die St. Germain Deutschösterreich auferlegt hat, sind die militärischen Forderungen weitans die erträglichsten. Militärisch ist gegen sie nichts Wesentliches einzuwenden; wirtschaftlich enthalten sie allerdings große und unnötige Härten. Es ist aber zu hoffen, daß gerade in dieser Hinsicht bei entsprechender Aufklärung noch Vieles gutgemacht werden kann.

Eine Wehrmacht im landläufigen Sinne hat Deutschösterreich nicht und könnte sie auch in absehbarer Zeit nicht haben. Die Gründe hierfür liegen in den innerpolitischen, moralischen, wirtschaftlichen und finanziellen Zuständen der Republik. Es ist daher militärisch gleichgültig, welche Form und welchen Umfang die neue Wehrmacht Deutschösterreichs von der Entente zugestanden erhält. Eine Armee wird auf keinen Fall daraus werden. Deshalb ist es als vernünftig anzuspüren, wenn die Entente uns etwas wie eine Ordnungstruppe zugestöhnt. Je kleiner und je billiger diese Neumacht wird, desto besser. Diese Macht will, soll und wird nicht Krieg zu führen haben. Sie hat bloß auf Ordnung im Innern und an den Grenzen zu sehen. Auf etwas, was seit der Geburt Deutschösterreichs diesem Neustaate abgeht. Für diesen Dienst — den jedermann hierzulande für dringlich hält, insofern er nicht zu den Glückstritern von der Devise „Fremdes Eigentum ist Diebstahl“ zählt — muß ein eigenes Werkzeug geschaffen werden. Woher von der Gestalt der alten Armee, noch von der Art der Volkswehr. Es muß etwas ganz Neues werden. Und diese neue Form ist nicht unzutreffend von der Entente vorgezeichnet worden.

Die Deutschösterreich zugestandenen 20.000 bis 30.000 bewaffneten Männern sind im Vereine mit den sonstigen Gliedern der Sicherheitswachen zahlenmäßig hinlänglich ausreichend. Es wird der Dienst in Hinblick nicht viel Ähnlichkeit mit dem vergangener Zeiten oder dem der militärischen Gegenwart haben. Dieser neu-militärische Dienst wird aber umso mehr auf Voraussetzungen fußen müssen, die nur mehr bei den Berufssoldaten in ausreichendem Maße anzutreffen sind: Zucht und Ordnung, Pflichtgefühl und Arbeitseifer. Dadurch sind die natürlichen Antwörter auf die Ordnungstruppe von selber gegeben: die Berufsoffiziere und die Berufsunteroffiziere. Beide Kategorien von Berufssoldaten haben durch die Wirrnisse des Umsturzes, denen sie nicht bloß schutzlos preisgegeben, sondern mit Raffinement überantwortet wurden, vorübergehend zuweilen irrige Pfade eingeschlagen. Eingeklemmt in die tolle Fron des politischen Dampfes, die während des Umsturzes unter den verheißenden Schlagworten „Freiheit!“ und „Geld!“ geführt wurde, ist es gelungen, Offizier und Unteroffizier, diese natürlichen Interessenzwillige, gewalttätig auseinanderzureißen, sie gegenseitig auszuspielen. Wie war dieser unnatürliche Gegensatz schärfer als zur Zeit der angeblichen „Gleichheit“. Die Nutznießer dieser Neuordnung waren selbstverständlich weder Offiziere, noch Unteroffiziere, sondern andere. Nun führt der unerbittliche Druck der Tatsachen Offiziere und Unteroffiziere wieder zusammen. Das ist ein gesundes Zeichen. Keine politische Verschwörung und kein östlicher Dreh vermag auf die Dauer natürliche Notwendigkeiten aus dem Wege zu schaffen. Geläutert durch die Erfahrungen des Umsturzes werden sich unsere Berufssoldaten — die einzigen Soldaten, die Deutschösterreich verblieben sind — auf jener mittleren Linie finden, welche ein gewisses Zusammenwirken verspricht. Und das wird keine kriegerische, sondern die menschliche Linie sein. Die angeeigneten Formen des alten Dienstes werden wahrhaftig kameradschaftlichem Entgegenkommen zu weichen haben, wozu ausreichend viele Ansätze vorhanden sind. Dieser Verwirklichung stehen beiderseits gar keine Hindernisse im Wege, insbesondere sobald einmal von den Berufssoldaten, Offizieren wie Unteroffizieren, die Sorge um das tägliche Brot genommen sein wird.

Hier aber hat die Entente einen ersten wirtschaftlichen Fehlgriff getan, indem sie in übergroßer militärischer Besorgnis — vielleicht nur aus Furcht — die Zahl der Berufssoldaten in der Ordnungstruppe zu maßlos festgesetzt hat: 1500 Berufsoffiziere (oder sollen es gar Berufsgagisten sein?) und 2000 Berufsunteroffiziere, ohne daß es hier auf einige Tausend

mehr oder weniger ankäme, muß gesagt werden, daß durch diese Forderung 10.000 bis 12.000 Berufsoffiziere und 6000 bis 8000 Berufsunteroffiziere — alles einschließlich der aus der Kriegsgefangenschaft noch zu Erwartenden — in den Ruhestand zu versetzen wären. Dafür wären 15.000 bis 25.000 Freiwillige (Nichtberufssoldaten) neu aufzunehmen. Eine volkswirtschaftlich vernünftige Bestimmung, um so unerträglich für die unmittelbar Betroffenen, als Deutschösterreich heute schon daran denkt, die Pensionen seiner Offiziere, Staatsbeamten und angestellten Herabzusetzen!

Die neue Ordnungstruppe muß aus wirtschaftlichen Gründen — militärische spielen, wie dargetan, überhaupt keine Rolle — vorerst alle Berufssoldaten (Berufsgagisten und Berufsunteroffiziere), die noch zu versorgen sind oder die derzeit ungenügend versorgt sind, in sich aufnehmen. Ganz ohne Rücksicht auf das gegenseitige Verhältnis von Gagisten und Unteroffizieren und auf Charaktersgrad. Es kommt eben nur darauf an, daß diese Männer, für deren Versorgung der Staat ohnedies aufkommen müßte, versorgt werden und dabei noch Arbeit leisten. Denn es geht nicht an, daß Deutschösterreich, das arme, gezwungen werde, 16.000 bis 20.000 beruflich vorgebildete, zumeist in mittleren Jahren stehende Männer, die an Zucht und Ordnung gewöhnt waren, aus seinen Diensten entlasse und auf den Pensionetat überweise und dafür ebenso viele berufliche Aufseher neu in Dienst nehme. Eines muß vorausgesetzt werden: daß die zu übernehmenden Berufssoldaten — Offiziere wie Unteroffiziere — jeden Dienst versehen müßten, wobei ihnen eine Bezahlung zugesichert bliebe, die zumindest ihren bisherigen Bezügen zu entsprechen hätte. Die Regelung dieser Bezahlung ist eine Sache für sich. Mit dieser Notwendigkeit, die ein nicht geringes Opfer von den meisten Berufssoldaten abfordern wird, haben sich sowohl unsere Offiziere, wie unsere Unteroffiziere in rechter Erkenntnis schon abgefunden. So in der Gendarmarie, Stadtschutzwache und im Grenzschutz usw. Sie haben damit eine Arbeitswilligkeit bekundet, die in den Reihen der Nichtberufssoldaten durchaus nicht an der Tagesordnung ist. Das ist dokumentarisch erhärtet. Es sei nur an den bekannten Beschluß des Soldatenrates einer Volkswehrgruppe im Wiener Arsenal verwiesen, in dem erklärt wird, daß die Reinigung der Mannschaftsräume „als eine mit der Stellung eines Volkswehrmannes nicht vereinbarliche Tätigkeit zu betrachten ist, welche geeignet wäre, das Ansehen herabzusetzen...“ Hierauf wurden für dieses Bataillon nicht weniger als 18 Schwerfrenten aufgenommen. Etwa um dieselbe Zeit mußten im selben Arsenal für eine Handvoll „Arsenalreiter“ etliche „Herdbesetzer“ aufgenommen werden, weil die Reiter wohl zu reiten, aber nicht Pferde zu warten, geneigt waren. In Armeen, die nach militärischen Grundsätzen betrieben werden, wird ein anderer Vorkaus eingehalten. Bei uns aber werden, wenn nicht militärische, doch wirtschaftliche Gründe zur äußersten Ausnützung jeder Arbeit zwingen...

Die Entente kann unbesorgt sein. Militärisch würde eine neue Ordnungstruppe, die ausschließlich aus Berufssoldaten gebildet wird, um nichts gefährlicher oder ungefährlicher sein, als die in den Friedensbestimmungen festgesetzte neue d.-ö. Wehrmacht. Militärisch haben unsere Berufssoldaten ausstudiert. Was sie in der Ordnungstruppe Deutschösterreichs noch an Militaria dazu lernen könnten, braucht wahrlich eine Entente nicht zu erschrecken. Würde aber Deutschösterreich wider Erwarten und Willen doch in einen Krieg verwickelt, dann ist es gleichgültig, ob diese Berufssoldaten aus einem Ordnungsquartier oder aus einer bürgerlichen Schreibstube zur weifroten Fahne eilen. Sie wären auf jeden Fall zur Stelle und militärisch, die einen wie die anderen, völlig gleichwertig. Indessen haben die deutschösterreichischen Berufssoldaten, Offiziere wie Unteroffiziere, nach dem vierjährigen Kriege keinen anderen Ehrgeiz, als bei friedlicher, erspriehlicher Arbeit ihr leidliches Fortkommen zu finden.

Ähnliche volkswirtschaftliche Gründe sprechen dafür, unsere ohnedies schon sehr bescheiden gewordene Waffenindustrie — die einzige Industrie, die wir an anderen Orten noch führen können — nicht leichtfertig auszuräumen. Gegen die Ablieferung des Kriegsgerätes ist, insbesondere, wenn sie irgendwie als eine Art Abzahlung hingenommen würde, nichts zu sagen. Wir brauchen diese Kriegswerkzeuge nicht. Aber in diesen wirtschaftlich jähren Zeiten, in denen überdies neue Chancen

arbeitshungriger Menschen aus Italien und Rußland zu uns strömen, ist es unvernünftig, ein Deutschösterreich, ohne zwingende militärische Gründe, wirtschaftlich so schwer zu treffen. Was in unseren militärischen Betrieben noch erzeugt wird, kann wegen Mangels an Maschinen und Rohstoffen binnen längerer Frist nicht auf neue und friedliche Erzeugnisse umgestellt werden. Dafür läßt sich unsere kleine Industrie leicht übermachen und ihre Erzeugnisse könnten nach Wunsch der Entente Verwendung finden. Auch da ist nicht zu bezweifeln, daß die Entente die erforderliche Einsicht aufbringen wird.

Es jetzt der rechte Augenblick gekommen ist, Gendarmarie, Sicherheitswache, Finanzwach- und Fortwärtendienst zu verringern, auch das kann der ruhigen Erwägung der Entente überlassen werden. Die in Deutschösterreich tätigen interalliierten Militär- und Handelsmissionen sind in der Lage, zutreffenden Bescheid und Ratshlag zu geben.

Zusammengefaßt: Es wird keines umfangreichen Beweismaterials bedürfen, um St. Germain zu überzeugen, daß es keine im großen zutreffend gehaltenen militärischen Bedingungen nur wirtschaftlich auszufüllen braucht, um hüben wie drüben zu befriedigen.

T. K.